

„Soziale Sicherheit ist Standortstärke – Kürzungen gefährden Wettbewerbsfähigkeit und Zukunft der Steiermark“

Soziale Dienstleistungen sichern das Fundament unserer Gesellschaft. Sie ermöglichen Teilhabe, fördern Bildung, Gesundheit und gesellschaftlichen Ausgleich – und sie schaffen jene Stabilität, auf der Demokratie und wirtschaftlicher Erfolg aufbauen.

Doch die geplanten **Budgetkürzungen im sozialen Bereich** bedrohen genau diese Grundlage. Was als „Sparen“ verkauft wird, gefährdet das soziale Gefüge der Steiermark – und trifft darüberhinaus jene Menschen, die tagtäglich Verantwortung übernehmen.

„Soziale Arbeit ist keine Ausgabe, sondern eine Investition in gesellschaftliche Stabilität, soziale Sicherheit und in die Zukunft der Steiermark als wettbewerbsfähiger Standort“, betont das neugegründete **Bündnis Soziale Steiermark (BSS)**.

Kürzungen belasten Leistungsträger*innen und Steuerzahler*innen

Die Landesregierung betonte bei der Präsentation ihres Budget zwei zentrale Ziele:

- **Unterstützung der Leistungsträger*innen**
- **Entlastung der Steuerzahler*innen**

Doch die Realität zeigt das Gegenteil:

Kürzungen bei sozialen Dienstleistungen **belasten beide Gruppen**. Trotz fehlender endgültiger Zahlen zeichnen sich im neuen Landesbudget bereits jetzt **alarmierende Entwicklungen** ab. Die vorliegenden Unterlagen zeigen deutliche Einschnitte in zentralen Bereichen der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

Beispiele für die massiven Budgetkürzungen im Sozialbereich – und Arbeitsbereich:

Bereits mit 1. Juli 2025 wurden **2,5 Millionen Euro** gekürzt.

Betroffen sind unter anderem:

Beratungsangebote, Angebote der Wohnungslosenhilfe, Betreuung durch Sozialarbeiter, Angebote für Flüchtlinge und vieles mehr.

Diese Kürzungen führen bereits jetzt zu **Leistungseinschränkungen, Kündigungen und Schließungen** von Einrichtungen.

Mit 1. Jänner 2026 steht der **nächste starke Einschnitt** bevor.

Aktuelles Beispiel: „Steiermark verzichtet auf EU-Gelder für soziale Integration“

Das geplante **Aus** der **niederschweligen Beschäftigungsprojekte (NsBA)** in der Steiermark ist ein **Rückschritt** für **soziale Integration und Arbeitsmarktpolitik**.

„Ausgerechnet die Landesregierung riskiert damit, dass arbeitswillige Menschen in der Sozialhilfe bleiben, statt den Weg zurück in den Arbeitsmarkt zu schaffen – und verschärft so genau jene Situation, gegen die sie selbst öffentlich auftritt“, so der einstimmige Tenor des BSS.

Besonders brisant: Die NsBA-Projekte werden zu **40 % aus dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+)** und zu **60 % aus nationalen Mitteln (Land Steiermark/ Sozialressort, Stadt Graz)** finanziert – also auch mit **EU-Geldern**, die fix zur Verfügung stehen, aber **nun ungenutzt bleiben**

Damit verzichtet die **Steiermark** nicht nur auf dringend notwendige soziale Unterstützung, sondern lässt auch **europäische Fördermittel in Millionenhöhe verfallen**, die eigentlich genau für solche Projekte gedacht sind: zur **Stärkung sozialer Teilhabe, Beschäftigung und Armutsbekämpfung**.

Dieses Vorgehen ist nicht nur sozialpolitisch fatal, sondern auch wirtschaftlich unvernünftig: Die Landesregierung lässt Geld liegen, das Menschen langfristig in Beschäftigung bringen würde – und das die EU bereits bereitgestellt hat.

Dabei ist das **Modell** nachweislich **erfolgreich**: Viele **Teilnehmende** schaffen den Übergang in AMS-Regelprojekte, andere nähern sich **nach Jahren ohne Job** wieder dem **Arbeitsmarkt**. Das abgestimmte Stufenmodell ermöglicht Anschlussfähigkeit an weiterführende AMS-Maßnahmen oder direkt den Übertritt in den Arbeitsmarkt. **Trotzdem sollen die Mittel noch vor Ende der laufenden ESF-Förderperiode (bis 2026) gestrichen werden – obwohl die europäische Förderung weiter bereitsteht.**

Kurzfristige Einsparungen bedeuten langfristige Kosten: Wer einmal aus dem ESF-System fällt, verliert fast alle Chancen auf Rückkehr in Arbeit. Niederschwellige Beschäftigung verhindert genau das – sie stärkt Menschen, nutzt vorhandene Strukturen und entlastet das Sozialsystem nachhaltig.

Zahlen, die zählen:

Mit einer Gesamtfördersumme von 2,8 Mio. Euro jährlich werden 185 Teilnehmer:innen an 56 Standorten von 30 Schlüsselkräften begleitet – überwiegend Bezieher:innen von Sozialunterstützung, die Schritt für Schritt an Arbeit herangeführt werden.

Davon stammen rund 1,1 Mio. Euro direkt aus EU-Mitteln, die nun – sollte das Aus tatsächlich kommen – einfach ungenutzt bleiben würden.

Weitere Budgetkürzungen im Überblick:

- **Produktionsschulen in Leibnitz und Liezen (komplette Streichung),**
- **Jugendzentren und Streetwork-Angebote in mehreren Bezirken.**
- **Kinder- und Jugendhilfe: -2,89 Mio. € (-1,63 %)**
- **Minus 10% bei Arbeitsmarktpolitischen Projekten (kooperatives AMS-Programm): davon betroffen fast alle Beschäftigungsprojekte- und viele Integrationsmaßnahmen.**

Die **soziale Infrastruktur** wird **löchrig**, die **Versorgung der Bevölkerung mit notwendigen Leistungen** zunehmend **ausgedünnt**.

Darüber hinaus liegen **Aussagen aus der Landesregierung** vor, wonach **weitere Kürzungen** folgen sollen – **auch bei gesetzlichen Leistungen**.

Diese Entwicklung ist **sozialpolitisch höchst bedenklich** und bedroht die **Versorgungssicherheit und soziale Stabilität** in der Steiermark.

Die (soziale) Verantwortung der Landesregierung ist jetzt dringend gefragt.

Obwohl es informelle Signale gibt, man werde „nachbessern“, finden sich diese Aussagen **nicht im offiziellen Budget** – und nur auf die schriftlich festgelegten Zahlen kann sich die Sozialwirtschaft verlassen.

„Soziale Ausgaben werden in der öffentlichen Wahrnehmung zu oft als bloßer Kostenfaktor oder gar als Luxusgut für Wenige dargestellt – dabei ist es keine freiwillige Zugabe, sondern eine unverzichtbare Säule unserer Infrastruktur und Daseinsvorsorge,“ stellen die Vertreter*innen des **BSS** einstimmig fest.

Gleichzeitig kompensiert das Land **eigene Kostensteigerungen** laut Budget in seinen Einrichtungen – ein deutliches Eingeständnis, dass diese **real und notwendig** sind.

Ohne Anpassung der Leistungspreise drohen gravierende Folgen:

- **Sinkende Qualität** der Betreuung für Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderung,
- **Jobabbau** in den Einrichtungen der Sozialwirtschaft
- **Gefährdung sozialer Versorgungssicherheit** in der Steiermark.

„Wenn das Land seine eigenen Kostensteigerungen anerkennt, muss das auch für alle sozialen Dienstleistungen gelten. Wir leisten dieselbe Arbeit – für dieselben Menschen,“ so der Tenor des BSS.

Und das **Bündnis** warnt davor, dass die aktuellen Kürzungen nur der Auftakt sind. Finanzlandesrat Willibald **Ehrenhöfer** hat bereits in seiner Rede im Landtag darauf hingewiesen, dass auch 2027 der finanzielle Gürtel noch enger geschnallt werden muss:

„Diese Kürzungen sind nur der Auftakt: Es steht im Raum, dass gesetzliche Aufträge verändert oder sogar abgeschafft werden. Damit drohen massive gesellschaftliche Folgen – fehlende Betreuung, verlorene soziale Teilhabe und langfristige Kosten für den Arbeitsmarkt, den Standort und letztlich für alle Steuerzahler*innen. Dabei erbringen die sozialen Dienstleister seit Jahren

professionelle, verlässliche und hochqualitative Leistungen, die unser Gemeinwesen tragen.“

Soziale Dienstleister*innen sind mit ihren 25.000 Beschäftigten **selbstverständlich Leistungsträger*innen** – sie arbeiten mit höchster Professionalität, Verlässlichkeit und Qualität, um Menschen in schwierigen Lebenssituationen zu begleiten.

Sie fördern Integration, Teilhabe und Eigenständigkeit – und entlasten dadurch den Arbeitsmarkt, das Gemeinwesen und das Gesundheitssystem.

Für die **Steuerzahler*innen** bedeuten Kürzungen im Sozialbereich keine Entlastung, sondern **künftige Mehrkosten**.

Denn wer das Gesamtsystem schwächt, provoziert große Krisen, die spätere Generationen teuer bezahlen werden.

„**Kurzfristige** Einsparungen werden langfristig **teuer – menschlich, sozial und wirtschaftlich**“, unterstreichen die Vertreter*innen des Bündnis Soziale Steiermark.

Warum es soziale Dienstleistungen braucht

Soziale Dienstleistungen sind **Daseinsvorsorge und damit Teil der kritischen Infrastruktur**. Sie sorgen dafür, dass niemand zurückgelassen wird – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Lebenslage.

Sie sind ein **Sicherheitsnetz**, das Familien stärkt, Menschen nicht zurücklasst, in dem es Chancen schafft und gesellschaftliche Spannungen entschärft.

Und sie sind ein **Wirtschaftsfaktor**: 25.000 Beschäftigte schaffen Stabilität, Kaufkraft und Innovation.

Das **Bündnis Soziale Steiermark** steht mit seinen Dachverbänden und deren Unternehmen für **hochqualifiziertes Personal, Dienstleistungen von höchster Qualität, fundierte Expertise, permanente Weiterentwicklung, einen transparenten Umgang mit Steuermitteln sowie parteipolitische Unabhängigkeit**.

Damit ist klar, dass soziale Arbeit Verantwortung bedeutet – gegenüber den Menschen, der Gesellschaft und dem Wirtschaftsstandort.

„**Ohne soziale Sicherheit** gibt es keine **wirtschaftliche Stabilität**. Ohne **soziale Gerechtigkeit** und **Sicherheit keine Zukunft**,“ ist sich das Bündnis einig. Und weiter: „Soziale Dienstleistungen stärken die Demokratie, Bildung, Gesundheit und Wirtschaft. Sie sichern Arbeitsplätze, schaffen Perspektiven und verbinden Menschen – über soziale, kulturelle und wirtschaftliche Grenzen hinweg.“

Daher betont das neugegründete Bündnis: „Wer in soziale Arbeit investiert, investiert in die Zukunft der Steiermark und damit auch in seine Wettbewerbsfähigkeit als Standort,“

Die drei zentralen Forderungen des BSS

„Wir fordern eine ehrliche, langfristige und mutige Sozialpolitik. Eine Politik, die Zukunft sichert – nicht verwaltet,“ so das Bündnis und formuliert drei zentrale Forderungen an die Politik:

1. Verbindliche Einbindung der Fachpraxis

Die Expertise jener, die täglich mit Menschen arbeiten, muss gesetzlich und dauerhaft in die Planung und Steuerung sozialer Angebote integriert werden.

2. Wissenschaftliche Fundierung

Soziale Arbeit braucht Begleitung, Forschung und Evidenz. Nur so bleiben Qualität, Wirksamkeit und Nachhaltigkeit gesichert.

3. Nachhaltige Finanzierungs- und Strukturpolitik

Die Finanzierung sozialer Dienste muss planbar, fair und zukunftsorientiert sein. Gesellschaftliche Entwicklungen und reale Bedarfe müssen das Maß der Politik sein – nicht kurzfristige Sparziele.

Über das Bündnis Soziale Steiermark

*Das Bündnis Soziale Steiermark (BSS) ist ein Zusammenschluss von vier Dachverbänden sozialer Dienstleister und der GPA – Gewerkschaft der Privatangestellten. **Gemeinsam vertreten wir:***

170 Organisationen

25.000 Beschäftigte

165.000 betreute Menschen

Das Bündnis Soziale Steiermark steht für Unternehmen und Betriebe sozialer Dienstleister, die im öffentlichen Auftrag handeln.

Das unverzichtbare Wirken der in den Dachverbänden organisierten Einrichtungen ist gesetzlich wie vertraglich abgesichert – und bildet das Rückgrat einer sozialen, funktionierenden Steiermark. Das Bündnis steht für Qualität, Professionalität und Verlässlichkeit – und für eine Steiermark, die niemanden zurücklässt.

Rückfragen:

Koordinationsstelle Bündnis Soziale Steiermark

Nina Hoppe

office@ninahoppe.eu

+43664 12 67 359